

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten René Springer, Gerrit Huy, Kay-Uwe Ziegler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/334 –**

Mindestlohn und staatliche Transferzahlungen

Vorbemerkung der Fragesteller

Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn ist in Deutschland die Lohnuntergrenze, die nicht unterschritten werden darf. Zum 1. Juli 2021 wurde der gesetzliche Mindestlohn in einem weiteren Schritt auf 9,60 Euro angehoben. Bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 37,7 Stunden (durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit, vgl. <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-tarifliche-wochenarbeitszeit-im-durchschnitt-bei-377-stunden-3231.htm>) ergibt sich somit ein Bruttomonatsgehalt von 1 568 Euro. In Deutschland bestanden im Jahr 2019 rund 1,42 Millionen Beschäftigungsverhältnisse im Mindestlohnbereich (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Mindestloehne/Tabellen/mindestlohnereich.html>).

1. Wie hoch dürfen die tatsächlichen Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) maximal sein, damit bei einer alleinerziehenden Person mit einem Kind unter 6 Jahren (Steuerklasse II, keine Kirchensteuer) mit einer Wochenarbeitszeit von 37,7 Stunden ein Stundenentgelt in Höhe des aktuellen Mindestlohns von 9,60 Euro ausreicht, um einen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) zu vermeiden?
2. Wie hoch dürfen die tatsächlichen Kosten der Unterkunft und Heizung maximal sein, damit bei einer alleinerziehenden Person mit einem Kind unter 6 Jahren (Steuerklasse II, keine Kirchensteuer) mit einer Wochenarbeitszeit von 37,7 Stunden ein Stundenentgelt in Höhe von 12 Euro ausreicht, um einen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II zu vermeiden?

Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.

Der gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 9,60 Euro pro Stunde galt vom 1. Juli 2021 bis zum 31. Dezember 2021; entsprechend werden die Fragen auf Basis des Rechtsstandes der zweiten Jahreshälfte 2021 beantwortet. Seit dem 1. Januar 2022 gilt ein gesetzlicher Mindestlohn von 9,82 Euro pro Stunde.

Eine Person verfügt bei einer Arbeitszeit von 37,7 Wochenstunden und einem Stundenentgelt von 9,60 Euro über ein monatliches Bruttoerwerbseinkommen in Höhe von rund 1 568 Euro; bei einem Stundenentgelt von 12 Euro sind es rund 1 960 Euro.

Unter Berücksichtigung der im Jahr 2021 geltenden Abzüge für Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge sowie der Freibeträge gemäß § 11b Absatz 2 und 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) beträgt das gemäß §§ 11, 11b SGB II zu berücksichtigende monatliche Einkommen aus Erwerbstätigkeit für die alleinerziehende Person mit einem Kind unter sechs Jahren rund 886 Euro bei 9,60 Euro Mindestlohn bzw. 1 122 Euro bei einem Stundenlohn von 12 Euro. Hinzu kommen zu berücksichtigende Einkommen des Kindes in Höhe von (mindestens) 393 Euro (219 Euro Kindergeld und 174 Euro Unterhaltsvorschuss). Das zu berücksichtigende Gesamteinkommen dieser Bedarfsgemeinschaft beträgt damit 1 279 Euro bzw. 1 515 Euro monatlich.

Abzüglich der Regel- und Mehrbedarfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes in einer Gesamthöhe von 890 Euro dürften die angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung höchstens 389 Euro bzw. 625 Euro monatlich betragen, damit für den alleinerziehenden Musterhaushalt keine Ansprüche auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II bestehen.

Für diese Berechnung werden die im Jahr 2021 geltenden Höhen von Regel- und Mehrbedarfen, Kindergeld und Unterhaltsvorschuss u. Ä. zugrunde gelegt. Darüber hinaus wird vereinfachend angenommen, dass keine weiteren zu berücksichtigenden Einkommen, keine weiteren Mehrbedarfe und keine über § 11b Absatz 2 und 3 SGB II hinausgehenden Absetzbeträge vorliegen. Es wird unterstellt, dass die erwerbstätige Person mit einem Zusatzbeitrag von 1,3 Prozent gesetzlich krankenversichert ist und nicht in Sachsen lebt.

Aufgrund der Freibeträge für Erwerbseinkommen liegt das verfügbare Haushaltseinkommen stets oberhalb des durch Regelbedarf, Mehrbedarf und Unterkunftskosten definierten soziokulturellen Existenzminimums (im Beispiel beträgt die Summe aus Grundabsetzbetrag und Erwerbstätigenfreibetrag 330 Euro monatlich). Insoweit ist es in konkreten Einzelfällen auch denkbar, dass die erwerbstätige Person diese zusätzlichen Mittel für höhere Wohnkosten einsetzen kann.

Weiterhin ist zu beachten, dass die oben genannten maximalen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nur das Auslaufen des SGB-II-Anspruches unter den genannten Voraussetzungen berücksichtigen, nicht jedoch eventuelle Besserstellungen mit gegenüber dem SGB II vorrangigen Leistungen wie Kinderzuschlag oder Wohngeld. So ist bei dem dargestellten alleinerziehenden Musterhaushalt davon auszugehen, dass Leistungen nach dem SGB II mit einem Bruttoeinkommen von 1 568 bzw. 1 960 Euro nicht mehr in Anspruch genommen werden, da – in Abhängigkeit von den konkreten Wohnkosten – das verfügbare Einkommen mit Kinderzuschlag und Wohngeld dasjenige mit Arbeitslosengeld II und Sozialgeld übersteigen würde.

3. Wie hoch sind die durchschnittlich laufenden tatsächlichen Kosten für Unterkunft und Heizung einer Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaft mit einem Kind unter 6 Jahren (bitte nach Bund und Bundesländern getrennt ausweisen)?

Die Grundsicherungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit berichtet regelmäßig über die Höhe der laufenden tatsächlichen sowie der angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung im SGB II. Die folgenden Angaben beziehen sich auf Bedarfsgemeinschaften des Typs Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften mit genau einem Kind unter sechs Jahren.

Die laufenden tatsächlichen Kosten der Unterkunft und Heizung einer Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaft mit einem Kind unter sechs Jahren betragen im Berichtsmonat August 2021 in Deutschland durchschnittlich 535 Euro.

Weitere Angaben können der Tabelle 1 im Anhang entnommen werden.

4. Wie hoch sind die durchschnittlich anerkannten laufenden Leistungen für Unterkunft und Heizung einer Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaft mit einem Kind unter 6 Jahren (bitte nach Bund und Bundesländern getrennt sowie zusätzlich pro Quadratmeter Wohnfläche ausweisen)?

Die laufenden anerkannten Kosten der Unterkunft einer Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaft mit einem Kind unter sechs Jahren beliefen sich im Berichtsmonat August 2021 in Deutschland auf durchschnittlich 520 Euro.

Weitere Angaben können der Tabelle 1 im Anhang entnommen werden.

5. Wie haben sich in den Jahren 2010 bis 2021 die laufenden tatsächlichen Kosten für Unterkunft und Heizung sowie die anerkannten laufenden Leistungen für Unterkunft und Heizung einer Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaft mit einem Kind unter 6 Jahren im Bundesdurchschnitt jeweils entwickelt (bitte jeweils auch die absolute sowie relative Differenz zwischen beiden Werten ausweisen)?

Die laufenden tatsächlichen Kosten der Unterkunft und Heizung pro Bedarfsgemeinschaft von Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften mit einem Kind unter sechs Jahren sind im Bundesdurchschnitt von 430 Euro pro Monat im Jahr 2011 auf 517 Euro pro Monat im Jahr 2020 gestiegen. Für das Jahr 2021 liegen die Angaben nur bis zum Berichtsmonat August vor. Die laufenden anerkannten Kosten der Unterkunft und Heizung stiegen im gleichen Zeitraum von 414 auf 502 Euro.

Weitere Angaben können den Tabellen 2 und 3 im Anhang entnommen werden.

6. In wie vielen Kreisen und kreisfreien Städten liegen die durchschnittlichen tatsächlichen Kosten der Unterkunft und Heizung für eine Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaft mit einem Kind (entsprechend Frage 1) über dem in Frage 1 ermittelten Wert (bitte hierzu auch die Top-15 der Kreise bzw. kreisfreien Städte ausweisen, bei denen die Differenz am größten ist)?
7. In wie vielen Kreisen und kreisfreien Städten liegen die durchschnittlichen tatsächlichen Kosten der Unterkunft und Heizung für einen Alleinerziehenden-Haushalt mit einem Kind (entsprechend Frage 2) über dem in Frage 2 ermittelten Wert (bitte zusätzlich die Top-15 der Kreise und kreisfreien Städte mit den entsprechenden Werten ausweisen, bei denen die Differenz am größten ist)?

Die Fragen 6 und 7 werden gemeinsam beantwortet.

In Tabelle 4 im Anhang finden sich die Angaben zu den laufenden tatsächlichen und anerkannten Kosten der Unterkunft und Heizung pro Bedarfsgemeinschaft nach Kreisen und kreisfreien Städten für den Berichtsmonat August 2021.

8. Wie hoch müsste in den in Frage 7 genannten Top-15 der Kreise bzw. kreisfreien Städte der (rechnerische) Stundenlohn jeweils sein, damit ein Anspruch eines Alleinerziehenden-Haushalts mit einem Kind unter 6 Jahren auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II vermieden werden kann (ohne Berücksichtigung von Transferleistungen wie Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag, Unterhaltsvorschuss etc.)?

Statistische Erkenntnisse über die Höhe der Bruttoentgeltschwelle zur Überwindung der Leistungsberechtigung nach dem SGB II liegen nicht vor. Auf Basis der durchschnittlichen laufenden anerkannten Kosten der Unterkunft und Heizung pro Bedarfsgemeinschaft im jeweiligen Kreis kann unter den Annahmen in Frage 1 ein bedarfsdeckendes Bruttoerwerbseinkommen bzw. ein entsprechender Stundenlohn errechnet werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass für die Bedarfsgemeinschaft auch Einkommen aus den vorrangigen Leistungen Kindergeld und Unterhalt (mindestens in Höhe des Unterhaltsvorschlusses) zu berücksichtigen ist. Einordnend ist anzumerken, dass ein Vergleich zwischen einem auf Basis verschiedener Annahmen und Setzungen ermittelten Wert für einen hypothetischen Einzelfall und den empirischen Mittelwerten, die sich aus einer Vielzahl tatsächlicher Einzelfälle ergeben, auf die diese Setzungen nicht zutreffen, nur begrenzt interpretierbar ist.

Im Berichtsmonat August 2021 lagen die bundesdurchschnittlichen anerkannten Kosten der Unterkunft und Heizung pro Bedarfsgemeinschaft einer Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaft mit einem Kind unter sechs Jahren bei 520 Euro. Unter Berücksichtigung der in der Antwort zu Frage 1 genannten Annahmen ergäbe sich bei diesen Kosten der Unterkunft und Heizung ein bedarfsdeckendes Stundenentgelt von 10,92 Euro. Wie bei Frage 1 und 2 ist zu beachten, dass der dargestellte alleinerziehende Musterhaushalt bei diesem Bruttoerwerbseinkommen ggf. keine Leistungen nach dem SGB II mehr in Anspruch nehmen würde, da das verfügbare Einkommen mit Kinderzuschlag und Wohngeld dasjenige mit Arbeitslosengeld II und Sozialgeld übersteigen würde.

Weitere Ergebnisse lassen sich der Spalte Nummer 3 von Tabelle 4 im Anhang entnehmen.

9. Wie hoch ist der durchschnittliche Zahlbetrag nach dem SGB II (Regelbedarf, KdU sowie Mehrbedarf) für
- einen Single-Haushalt ohne Kinder,
 - einen Alleinerziehenden-Haushalt mit einem Kind (4 Jahre),
 - einen Alleinerziehenden-Haushalt mit zwei Kindern (4 Jahre und 12 Jahre),
 - einen Alleinerziehenden-Haushalt mit drei Kindern (4 Jahre, 12 Jahre, 15 Jahre),
 - einen Paar-Haushalt ohne Kinder,
 - einen Paar-Haushalt mit einem Kind (4 Jahre),
 - einen Paar-Haushalt mit zwei Kindern (4 Jahre und 12 Jahre) und
 - einen Paar-Haushalt mit drei Kindern (4 Jahre, 12 Jahre, 15 Jahre)
- unter der Annahme, dass jeweils kein anrechenbares Einkommen oder Vermögen vorhanden ist (bitte nach Bund sowie Bundesländern getrennt ausweisen)?

Die Grundsicherungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit berichtet über die Höhe der durchschnittlichen Bedarfe auf Gesamtregelleistung sowie über deren durchschnittliche Zahlungsansprüche. Da die Zahlungsansprüche den um anzu-

rechnende Einkommen und ggf. zu berücksichtigende Sanktionsbeträge geminderten Bedarfen entsprechen, wird die Frage auf Basis der durchschnittlichen Bedarfe auf Gesamtregelung pro Bedarfsgemeinschaft beantwortet.

Im Berichtsmonat August 2021 betrug der durchschnittliche Bedarf aller Bedarfsgemeinschaften rund 1 221 Euro.

Weitere Ergebnisse lassen sich der Tabelle 5 im Anhang entnehmen.

10. Wie viele Wochenstunden muss ein Alleinstehender (Steuerklasse I, keine Kirchensteuer) zu einem Stundenlohn von 9,60 Euro sowie zu einem Stundenlohn von 12 Euro (rechnerisch) arbeiten, um nach Abzug von Steuern und Abgaben ein Nettoeinkommen in Höhe des bundesdurchschnittlichen Zahlbetrages (Frage 9a) zu erreichen?
11. Wie viele Wochenstunden muss ein Alleinerziehender (Steuerklasse II, keine Kirchensteuer) zu einem Stundenlohn von 9,60 Euro sowie zu einem Stundenlohn von 12 Euro (rechnerisch) arbeiten, um nach Abzug von Steuern und Abgaben ein Nettoeinkommen in Höhe des bundesdurchschnittlichen Zahlbetrages (Frage 9b) zu erreichen?
12. Wie viele Wochenstunden muss ein Alleinerziehender (Steuerklasse II, keine Kirchensteuer) zu einem Stundenlohn von 9,60 Euro sowie zu einem Stundenlohn von 12 Euro (rechnerisch) arbeiten, um nach Abzug von Steuern und Abgaben ein Nettoeinkommen in Höhe des bundesdurchschnittlichen Zahlbetrages (Frage 9c) zu erreichen?
13. Wie viele Wochenstunden muss ein Alleinerziehender (Steuerklasse II, keine Kirchensteuer) zu einem Stundenlohn von 9,60 Euro sowie zu einem Stundenlohn von 12 Euro (rechnerisch) arbeiten, um nach Abzug von Steuern und Abgaben ein Nettoeinkommen in Höhe des bundesdurchschnittlichen Zahlbetrages (Frage 9d) zu erreichen?
14. Wie viele Wochenstunden muss eine Person (Steuerklasse IV, keine Kirchensteuer) zu einem Stundenlohn von 9,60 Euro sowie zu einem Stundenlohn von 12 Euro (rechnerisch) arbeiten, um nach Abzug von Steuern und Abgaben ein Nettoeinkommen in Höhe des bundesdurchschnittlichen Zahlbetrages (Frage 9e) zu erreichen?
15. Wie viele Wochenstunden müssen zwei verheiratete Personen (Steuerklasse IV, keine Kirchensteuer) zu einem Stundenlohn von 9,60 Euro sowie zu einem Stundenlohn von 12 Euro (rechnerisch und gleichverteilt) arbeiten, um nach Abzug von Steuern und Abgaben ein Nettoeinkommen in Höhe des bundesdurchschnittlichen Zahlbetrages (Frage 9f) zu erreichen?
16. Wie viele Wochenstunden müssen zwei verheiratete Personen (Steuerklasse IV, keine Kirchensteuer) zu einem Stundenlohn von 9,60 Euro sowie zu einem Stundenlohn von 12 Euro (rechnerisch und gleichverteilt) arbeiten, um nach Abzug von Steuern und Abgaben ein Nettoeinkommen in Höhe des bundesdurchschnittlichen Zahlbetrages (Frage 9g) zu erreichen?
17. Wie viele Wochenstunden müssen zwei verheiratete Personen (Steuerklasse IV, keine Kirchensteuer) zu einem Stundenlohn von 9,60 Euro sowie zu einem Stundenlohn von 12 Euro (rechnerisch und gleichverteilt) arbeiten, um nach Abzug von Steuern und Abgaben ein Nettoeinkommen in Höhe des bundesdurchschnittlichen Zahlbetrages (Frage 9h) zu erreichen?

Die Fragen 10 bis 17 werden gemeinsam beantwortet.

Unter den in den Antworten zu den Fragen 1, 2 und 8 getroffenen Annahmen zum Einkommen ergeben sich die in Tabelle 6 im Anhang dargestellten Werte. Insbesondere ist darauf hinzuweisen, dass für die Bedarfsgemeinschaft auch Einkommen aus den vorrangigen Leistungen Kindergeld und Unterhalt (mindestens in Höhe des Unterhaltsvorschusses) zu berücksichtigen ist. Aufgrund der Fragestellung sind diese Werte nicht mit der in der Antwort zu Frage 8 dargestellten Bruttoentgeltschwelle zu vergleichen.

18. Wie haben sich den Daten des Mikrozensus zufolge seit dem Jahr 2005 die Anzahl sowie der Anteil der Arbeitnehmer entwickelt, die über ein geringeres persönliches Nettoeinkommen (Summe aller Einkünfte) verfügen als Arbeitslose?
19. Wie haben sich den Daten des Mikrozensus zufolge seit dem Jahr 2005 die Anzahl sowie der Anteil der Selbständigen bzw. Freiberufler entwickelt, die über ein geringeres persönliches Nettoeinkommen (Summe aller Einkünfte) verfügen als Arbeitslose?

Die Fragen 18 und 19 werden gemeinsam beantwortet.

Eine Beantwortung auf Basis von Angaben des Mikrozensus ist nicht möglich, da keine für den Vergleich notwendigen durchschnittlichen Nettoeinkommen vorliegen. Aufgrund der Fragestellung zum Nettoeinkommen im Mikrozensus ordnen sich die Befragten jeweils in eine vordefinierte Einkommensklasse. Konkrete Angaben zum durchschnittlichen Einkommen werden nicht erfragt. Zum persönlichen Nettoeinkommen zählen zum Beispiel Erwerbseinkommen, Unternehmereinkommen, Rente, Pensionen, öffentliche Unterstützungen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Arbeitslosengeld, Kindergeld, Wohngeld. Erfasst wird lediglich die Summe aller Einkunftsarten.

Die Ergebnisse in Tabelle 7 im Anhang stellen daher die im Mikrozensus vorliegenden Nettoeinkommensklassen nach der Stellung im Beruf dar.

20. Wie viele Personen, die Mittel für ihren Lebensunterhalt überwiegend aus eigener Erwerbstätigkeit bzw. Berufstätigkeit beziehen, haben den Daten des Mikrozensus zufolge ein niedrigeres persönliches Nettoeinkommen (Summe aller Einkünfte) als Personen, die Mittel für ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Arbeitslosengeld, ALG II, Sozialgeld bzw. Sozialhilfe beziehen?
21. Wie viele Personen, die Mittel für ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Selbständigkeit bzw. freiberuflicher Tätigkeit beziehen, haben den Daten des Mikrozensus zufolge ein niedrigeres persönliches Nettoeinkommen (Summe aller Einkünfte) als Personen, die Mittel für ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Arbeitslosengeld, ALG II, Sozialgeld bzw. Sozialhilfe beziehen?

Die Fragen 20 und 21 werden gemeinsam beantwortet.

Die methodischen Einordnungen ergeben sich aus der Antwort zu den Fragen 18 und 19.

Die Ergebnisse in Tabelle 8 im Anhang stellen daher die im Mikrozensus für das Jahr 2019 vorliegenden Nettoeinkommensklassen nach dem überwiegenden Lebensunterhalt dar.

22. Wie viele Arbeitnehmer sowie Selbständige bzw. Freiberufler mit und ohne Kindergeldbezug, die darüber hinaus keine weiteren öffentlichen Zahlungen beziehen, haben den Daten des Mikrozensus zufolge ein geringeres persönliches Nettoeinkommen (Summe aller Einkünfte) als Personen im erwerbsfähigen Alter, die mindestens eine der nachfolgenden öffentlichen Zahlungen beziehen: ALG I, ALG II, Sozialgeld, Sozialhilfe, Wohngeld, Elterngeld, Betreuungsgeld, aus der Pflegeversicherung, Kinderzuschlag, sonstige öffentliche Zahlungen (z. B. BAföG, Asylbewerberleistungen etc.)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

Die methodischen Einordnungen ergeben sich aus der Antwort zu den Fragen 18 und 19.

23. Wie hoch war die Zahl der Wohngeldempfänger in den Jahren 2000, 2005, 2010, 2015, 2019, 2020 sowie 2021 (bitte nach Bund und Bundesländern getrennt ausweisen)?

Die Angaben für das Jahr 2000 sind aufgrund der umfassenden Reformen der sozialen Sicherungssysteme (Neuregelung des Wohngeldrechts im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt) nicht mit den übrigen Jahren vergleichbar. Informationen für das Jahr 2021 liegen noch nicht vor.

Die Zahl der Wohngeldempfänger ergibt sich aus der folgenden Tabelle.

Tabelle – Anzahl der Wohngeldempfänger

Region	2000	2005	2010	2015	2019	2020
Deutschland	2.839.183	810.864	1.061.487	460.080	504.411	618.165
Baden-Württemberg	234.325	70.483	100.128	46.581	52.133	64.380
Bayern	211.221	71.423	99.883	38.960	41.347	56.570
Berlin	192.659	43.422	42.224	18.020	20.986	25.175
Brandenburg	114.400	35.468	42.336	19.285	20.052	23.345
Bremen	43.429	8.041	9.020	4.372	4.538	5.065
Hamburg	78.040	20.461	18.414	9.875	10.701	13.225
Hessen	110.661	39.200	50.989	27.689	32.975	40.225
Mecklenburg-Vorpommern	105.849	38.776	53.385	20.778	20.023	22.560
Niedersachsen	242.712	81.464	111.876	46.302	50.634	62.265
Nordrhein-Westfalen	779.414	181.485	235.327	107.055	131.655	161.265
Rheinland-Pfalz	81.654	30.679	42.427	21.409	21.546	26.555
Saarland	37.291	6.426	11.149	3.347	4.350	5.805
Sachsen	235.466	82.506	100.008	42.091	37.832	44.755
Sachsen-Anhalt	142.400	32.995	48.072	18.200	18.344	22.880
Schleswig-Holstein	132.675	33.586	46.027	16.943	19.417	23.745
Thüringen	96.987	34.449	50.222	19.173	17.878	20.345

Quelle: Statistisches Bundesamt

24. Wie hoch sind die Anzahl sowie der Anteil der Wohngeldempfänger, die aktuell
- unter 12 Monate,
 - zwischen 1 und 3 Jahren,
 - zwischen 3 und 5 Jahren,
 - zwischen 5 und 10 Jahren und
 - mehr als 10 Jahre
- Wohngeld beziehen?

Wohngeld wird nach § 25 des Wohngeldgesetzes (WoGG) in der Regel für zwölf Monate bewilligt. Danach muss ein erneuter Antrag gestellt werden. Zur Bezugsdauer liegen der Bundesregierung keine statistischen Informationen vor.

25. Wie hoch war die Anzahl der reinen Wohngeldhaushalte in den Jahren 2000, 2005, 2010, 2015, 2019, 2020 sowie 2021 (bitte nach Bund und Bundesländern getrennt ausweisen)?

Reine Wohngeldhaushalte sind Haushalte, in denen alle Haushaltsmitglieder Wohngeld erhalten. Reine Wohngeldhaushalte wurden erst im Jahr 2005 mit der Neuregelung des Wohngeldrechts im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt eingeführt. Die Anzahl der reinen Wohngeldhaushalte im Jahr 2000 kann daher nicht benannt werden. Informationen für das Jahr 2021 liegen noch nicht vor.

Die Zahl der reinen Wohngeldhaushalte ergibt sich aus der folgenden Tabelle.

Tabelle – Anzahl der reinen Wohngeldhaushalte

Region	2005	2010	2015	2019	2020
Deutschland	780.660	857.012	419.115	479.245	593.485
Baden-Württemberg	68.340	86.094	43.994	50.380	62.440
Bayern	69.835	82.274	35.872	39.843	55.085
Berlin	41.728	38.414	17.285	20.449	22.785
Brandenburg	33.944	36.171	18.212	19.465	22.785
Bremen	7.742	7.873	4.172	4.398	4.935
Hamburg	19.417	17.532	9.351	10.477	12.960
Hessen	37.421	45.873	25.897	31.692	38.900
Mecklenburg-Vorpommern	36.932	38.995	17.906	18.294	21.070
Niedersachsen	78.327	83.007	39.875	46.652	58.375
Nordrhein-Westfalen	173.773	188.138	96.685	123.606	153.190
Rheinland-Pfalz	29.688	36.497	19.771	20.666	25.710
Saarland	6.205	7.897	3.097	4.212	5.660
Sachsen	79.714	80.188	38.725	36.604	43.650
Sachsen-Anhalt	31.730	35.342	15.940	17.229	21.825
Schleswig-Holstein	32.641	35.370	15.137	18.275	22.675
Thüringen	33.223	37.347	17.196	17.003	19.600

Quelle: Statistisches Bundesamt

26. Wie hat sich der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch der Wohngeldempfänger in den Jahren 2000, 2005, 2010, 2015, 2019, 2020 sowie 2021 jeweils entwickelt (bitte nach Bund und Bundesländern getrennt ausweisen)?

Angaben aus der Wohngeldstatistik für das Jahr 2000 sind für die Fragestellung nicht auswertbar. Informationen für das Jahr 2021 liegen noch nicht vor. Die Angaben lassen sich den folgenden Tabellen entnehmen.

Tabelle – Durchschnittlicher Wohngeldanspruch reiner Wohngeldhaushalte in Euro pro Monat

Region	2005	2010	2015	2019	2020
Deutschland	95	126	115	153	177
Baden-Württemberg	102	144	128	168	196
Bayern	93	125	113	155	179
Berlin	90	120	112	144	166
Brandenburg	82	105	92	120	135
Bremen	91	131	120	154	179
Hamburg	107	138	132	185	211
Hessen	105	137	133	185	210
Mecklenburg-Vorpommern	80	108	93	115	128
Niedersachsen	102	132	120	156	183
Nordrhein-Westfalen	101	135	127	167	195
Rheinland-Pfalz	102	132	117	155	180
Saarland	94	123	113	148	178
Sachsen	85	106	94	116	135
Sachsen-Anhalt	73	101	87	107	130
Schleswig-Holstein	98	132	121	158	181
Thüringen	85	107	90	114	129

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle – Durchschnittlicher Wohngeldanspruch wohngeldrechtlicher Teilhaushalte in Euro pro Monat

Region	2005	2010	2015	2019	2020
Deutschland	82	156	128	158	167
Baden-Württemberg	80	164	121	140	147
Bayern	76	154	130	152	163
Berlin	92	154	95	109	125
Brandenburg	77	143	110	127	136
Bremen	81	155	113	130	129
Hamburg	90	128	123	135	153
Hessen	82	139	119	142	158
Mecklenburg-Vorpommern	74	146	126	159	163
Niedersachsen	87	167	141	173	184
Nordrhein-Westfalen	87	164	134	173	180
Rheinland-Pfalz	87	157	117	130	138
Saarland	79	159	110	123	125
Sachsen	76	142	114	133	138
Sachsen-Anhalt	72	142	120	147	152
Schleswig-Holstein	80	166	143	177	181
Thüringen	76	146	121	142	152

Quelle: Statistische Bundesamt

27. Wie hoch waren in den Jahren 2000, 2005, 2010, 2015, 2019, 2020 sowie 2021 (letzter verfügbarer Stand) jeweils die Gesamtausgaben für Wohngeld?

Die Gesamtausgaben für Wohngeld ergeben sich aus der folgenden Tabelle. Informationen für das Jahr 2021 liegen noch nicht vor. Für den starken Rückgang der Ausgaben zwischen den Jahren 2010 und 2015 waren rechtliche Änderungen wie beispielsweise die Änderung des § 12a SGB II verantwortlich, die zu einem deutlichen Rückgang der Kinderwohngeldhaushalte führten.

Tabelle – Gesamtausgaben für Wohngeld in Mio. Euro

Jahr	Ausgaben
2000	3.464
2005	1.235
2010	1.780
2015	681
2019	954
2020	1.311

Quelle: Statistische Bundesamt

28. Wie hoch sind die Anzahl sowie der Anteil der Kreise bzw. kreisfreien Städte, die in den Jahren 2000, 2005, 2010, 2015, 2020 sowie 2021 jeweils der Mietenstufe I, II, III, IV, V, VI, VII zugeordnet waren (§ 1 Absatz 3 der Wohngeldverordnung)?

Nach § 12 Absatz 3 des Wohngeldgesetzes (WoGG) wird das Mietenniveau für Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern gesondert festgestellt, sowie bei einer Einwohnerzahl von weniger als 10 000 und gemeindefreien Gebieten nach Kreisen zusammengefasst. Die Zugehörigkeit einer Gemeinde zu einer Mietenstufe richtet sich nach dem Mietenniveau, d. h., nach der prozentualen Abweichung der durchschnittlichen Quadratmetermiete von Wohnraum in der jeweiligen Gemeinde von der durchschnittlichen Quadratmetermiete im Bundesgebiet.

Ausgewiesen wird daher der Anteil der Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 10 000 und mehr sowie der nach Kreisen zusammengefassten Gemeinden.

Die Zuordnung der Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 10 000 und mehr sowie der nach Kreisen zusammengefassten Gemeinden nach Mietenstufen erfolgt nach § 12 WoGG anlässlich einer strukturellen Wohngeldreform auf Basis der aktuellsten verfügbaren Wohngeldstatistik. Dementsprechend wird in der nachstehenden Tabelle die Verteilung für das Jahr 2006 (Rechtsstand mit Reform 2009), das Jahr 2013 (Rechtsstand mit Reform 2016) und die zusammengefassten Jahre 2016 und 2017 (Rechtsstand mit Reform 2020) ausgewiesen.

Tabelle – Anzahl der Gemeinden ab 10 000 Einwohner und der Landkreise mit Gemeinden unter 10 000 Einwohner auf die Mietenstufen

Stand des Mietenniveaus	I	II	III	IV	V	VI	VII
31.12.2006	333	645	493	234	115	58	-
31.12.2013	421	600	395	253	123	82	-
31.12.2016/2017	522	573	348	224	121	47	39

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle – Anteil der Gemeinden ab 10 000 Einwohner und der Landkreise mit Gemeinden unter 10 000 Einwohner auf die Mietenstufen in Prozent

Stand des Mietenniveaus	I	II	III	IV	V	VI	VII
31.12.2006	17,7	34,3	26,3	12,5	6,1	3,1	-
31.12.2013	22,5	32	21,1	13,5	6,6	4,4	-
31.12.2016/2017	27,9	30,6	18,6	12	6,5	2,5	2,1

Quelle: Statistisches Bundesamt

29. Wie viele Haushalte mit Wohngeldbezug waren in den Jahren 2000, 2005, 2010, 2015, 2020 sowie 2021 jeweils einem Kreis bzw. einer kreisfreien Stadt mit der Mietenstufe I, II, III, IV, V, VI, VII zugeordnet?

Die Anzahl der Wohngeldhaushalte nach Mietenstufe ergibt sich aus der folgenden Tabelle.

Tabelle – Anzahl der Wohngeldhaushalte nach Mietenstufe

Jahr	I	II	III	IV	V	VI	VII
2005	66.328	194.420	274.613	160.777	88.222	26.504	
2010	122.180	295.063	345.175	172.110	100.181	26.778	
2015	52.614	119.943	143.561	77.217	50.719	16.026	
2020	105.865	153.140	142.850	106.855	49.275	54.290	5.910

Quelle: Statistisches Bundesamt

30. Wie hoch war in den Jahren 2000, 2005, 2010, 2015, 2020 sowie 2021 die durchschnittliche monatliche Wohnkostenbelastung vor sowie nach Wohngeld?

Die durchschnittliche monatliche Wohnkostenbelastung als Anteil am Haushaltseinkommen wird in der folgenden Tabelle ausgewiesen für reine Wohngeldhaushalte sowie für wohngeldrechtliche Teilhaushalte (Mischhaushalte).

Tabelle – Durchschnittliche monatliche Wohnkostenbelastung in Prozent

Jahr	reine Wohngeldhaushalte vor Wohngeld	reine Wohngeldhaushalte nach Wohngeld	Wohngeldrechtliche Teilhaushalte vor Wohngeld	Wohngeldrechtliche Teilhaushalte nach Wohngeld
2005	38,9	29,0	34,6	21,7
2010	39,0	26,5	44,1	10,7
2015	37,5	27,5	38,8	17,1
2020	44,3	28,3	48,2	20,3

Quelle: Statistisches Bundesamt

31. Wie hoch war in den Jahren 2005, 2010, 2015, 2019, 2020 sowie 2021 die Anzahl der Kinderzuschlag-Empfänger (bitte nach Bund und Bundesländern getrennt ausweisen)?

Die Anzahl der Kinderzuschlagsberechtigten sowie der Kinder im Kinderzuschlag sind der folgenden Tabelle zu entnehmen. Differenzierte Angaben nach Bundesländern und Angaben für das Jahr 2021 liegen nicht vor.

Tabelle – Kinderzuschlagsberechtigte und Kinder im Kinderzuschlag

Jahr	Berechtigte	Kinder
2005	rund 37.000	rund 93.000
2010	119.308	297.572
2015	83.102	231.449
2019	90.904	266.242
2020	275.520	674.503
2021	292.844	727.843

Quelle: Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit

32. Wie hat sich in den Jahren 2005, 2010, 2015, 2019, 2020 sowie 2021 der durchschnittlich gezahlte monatliche Kinderzuschlag jeweils entwickelt?

Die Höhe des durchschnittlich gezahlten monatlichen Kinderzuschlags pro Kind ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Tabelle – Durchschnittliche Höhe des Kinderzuschlags pro Kind und Monat in Euro

Jahr	Kinderzuschlag
2005	rund 93
2010	111
2015	109
2019	139
2020	125
2021	137

Quelle: Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit

33. Wie hoch waren in den Jahren 2005, 2010, 2015, 2019, 2020 sowie 2021 (letzter verfügbarer Stand) jeweils die Gesamtausgaben für den Kinderzuschlag?

Die Gesamtausgaben für den Kinderzuschlag können der folgenden Tabelle entnommen werden. Die Ausgaben für das Jahr 2021 entsprechen dem Stand zum 30. November 2021.

Tabelle – Gesamtausgaben für Kinderzuschlag pro Jahr in Millionen Euro

Jahr	Gesamtausgaben
2005	103
2010	399
2015	283
2019	431
2020	1.001
2021	1.263

Quelle: Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit

34. Wie hoch sind die Anzahl sowie der Anteil der Kinderzuschlag-Empfänger, die aktuell
- unter 12 Monate,
 - zwischen 1 und 3 Jahren,
 - zwischen 3 und 5 Jahren,
 - zwischen 5 und 10 Jahren und
 - mehr als 10 Jahre
- Kinderzuschlag beziehen?

Kinderzuschlagsberechtigten sind nach § 6a Absatz 1 Satz 1 des Bundeskindergeldgesetzes die Eltern. Die Altersstaffelung der Kinder, deren Eltern im Dezember 2021 Kinderzuschlag erhalten haben, ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Tabelle – Kinder im Kinderzuschlag nach Alter; Dezember 2021

Alter	Anzahl
< 1	23.833
1	38.530
2	42.737
3	45.330
4	47.129
5	48.667
6	47.166
7	46.596
8	45.036
9	44.234
10	42.782
11	41.795
12	39.582
13	37.126
14	33.832
15	30.707
16	26.515
17	22.304
18	14.426
19	9.644
20	5.492
21	3.229
22	1.681
23	985
24	547
insgesamt	739.904

Quelle: Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit

35. Führte die Einführung des Kinderzuschlags nach Kenntnis der Bundesregierung zu einer signifikanten Erhöhung der Erwerbstätigkeit der Eltern?
- Wenn ja, auf welche Analysen oder Studien stützt sich die Bundesregierung dabei (bitte ausweisen)?

Der Kinderzuschlag wurde zum 1. Januar 2005 eingeführt. Im März 2007 hat die damalige Bundesregierung dem Deutschen Bundestag über die Auswirkungen und etwaigen Weiterentwicklungsbedarf des Kinderzuschlags berichtet

(Bundestagsdrucksache 16/4670). In dem Bericht werden auch die Arbeitsanreize thematisiert: „Der Kinderzuschlag hat nicht zu mehr Beschäftigung geführt. Die Mehrheit der Leistungsempfänger, die derzeit nur teilzeitbeschäftigt ist, würde jedoch gerne den Umfang ihrer Erwerbstätigkeit ausweiten. Als Gründe, warum das nicht möglich ist, gaben die Befragten vorrangig die schlechte Arbeitsmarktlage, aber auch fehlende Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder an.“ (Bundestagsdrucksache 16/4670, S. 11).

36. Wie haben sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit sowie die durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit in den Jahren 2000 bis 2021 jeweils entwickelt?

Die Arbeitszeitrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung weist die tarifliche bzw. betriebsübliche Wochenarbeitszeit aus. Diese umfasst die vereinbarten Arbeitszeiten in tarifgebundenen und nicht tarifgebundenen Betrieben, eine Differenzierung ist allerdings nicht möglich.

Im Jahr 2020 lag die tarifliche bzw. betriebsübliche Wochenarbeitszeit von Voll- und Teilzeitbeschäftigten im Durchschnitt bei rund 30,4 Stunden. Bei Vollzeitbeschäftigten betrug sie rund 38,2 Stunden pro Woche und bei Teilzeitbeschäftigten rund 17,8 Stunden pro Woche.

Weitere Ergebnisse sind der Tabelle 9 im Anhang zu entnehmen.

Anhang

Tabelle 1 - Durchschnittliche laufende tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU) pro Bedarfsgemeinschaft (BG) für Alleinerziehende-BGs mit einem Kind unter 6 Jahren in Euro, August 2021

Gebiet	laufende tatsächliche KdU pro BG	laufende anerkannte KdU pro BG	laufende anerkannte KdU pro qm
	1	2	3
Deutschland	535	520	9,6
Schleswig-Holstein	526	513	9,6
Hamburg	652	639	14,6
Niedersachsen	525	509	8,8
Bremen	549	541	9,6
Nordrhein-Westfalen	530	519	9,2
Hessen	582	568	10,8
Rheinland-Pfalz	506	486	8,6
Baden-Württemberg	581	561	11,1
Bayern	578	557	11,3
Saarland	511	498	8,4
Berlin	585	558	10,3
Brandenburg	468	462	8,4
Mecklenburg-Vorpommern	446	439	7,9
Sachsen	438	427	7,7
Sachsen-Anhalt	430	414	7,4
Thüringen	433	420	7,6

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 2 - Durchschnittliche laufende tatsächliche Kosten der Unterkunft (KdU) pro Bedarfsgemeinschaft (BG) von Alleinerziehenden-BG mit einem Kind unter 6 Jahren in Euro

Gebiet	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	August 2021	Veränderung 2020 zu 2011	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	absolut	in %
Deutschland	430	436	446	458	464	470	479	493	505	517	535	87	20,2
Schleswig-Holstein	433	440	449	457	465	468	476	485	493	504	526	71	16,4
Hamburg	511	523	528	535	534	536	536	626	639	654	652	143	27,9
Niedersachsen	439	445	454	463	463	468	476	487	500	509	525	70	15,9
Bremen	446	458	466	472	472	474	480	485	512	523	549	77	17,2
Nordrhein-Westfalen	436	439	450	465	477	482	489	497	506	515	530	79	18,2
Hessen	470	475	485	494	498	506	514	535	546	559	582	88	18,8
Rheinland-Pfalz	412	417	428	437	441	447	452	459	470	486	506	74	18,0
Baden-Württemberg	467	464	476	490	495	501	512	528	540	557	581	90	19,4
Bayern	458	468	475	483	489	495	506	519	534	553	578	95	20,7
Saarland	428	437	453	463	466	468	474	479	493	500	511	73	17,0
Berlin	446	452	464	481	492	500	513	531	549	566	585	120	26,9
Brandenburg	396	405	415	421	422	427	432	442	449	453	468	57	14,5
Vorpommern	392	396	403	412	411	412	418	427	432	436	446	44	11,2
Sachsen	370	375	392	397	396	401	409	416	423	428	438	58	15,7
Sachsen-Anhalt	371	375	383	392	394	398	403	409	413	418	430	47	12,7
Thüringen	374	381	388	401	402	405	412	417	419	424	433	50	13,3

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 3 - Durchschnittliche laufende anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU) pro Bedarfsgemeinschaft (BG) für Alleinerziehende-BGs mit einem Kind unter 6 Jahren in Euro

Gebiet	2011											Veränderung		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	2020 zu 2011 absolut	in %
Deutschland	414	422	432	443	449	455	463	477	489	502	520	520	88	21,1
Schleswig-Holstein	415	424	432	442	449	454	461	470	478	490	513	513	75	18,1
Hamburg	498	511	515	522	522	525	525	614	628	643	639	639	144	29,0
Niedersachsen	425	432	440	447	448	452	458	467	479	491	509	509	67	15,7
Bremen	435	449	455	462	461	463	470	475	502	513	541	541	78	18,0
Nordrhein-Westfalen	422	427	440	454	466	471	476	483	493	503	519	519	81	19,2
Hessen	455	463	473	481	484	492	499	519	530	543	568	568	87	19,2
Rheinland-Pfalz	383	392	403	411	416	422	426	433	446	464	486	486	81	21,2
Baden-Württemberg	442	443	456	471	475	482	491	505	518	535	561	561	93	21,1
Bayern	438	448	456	463	468	475	485	497	511	531	557	557	93	21,2
Saarland	406	413	428	443	447	448	456	463	476	485	498	498	79	19,5
Berlin	435	441	453	470	479	488	499	518	536	549	558	558	115	26,4
Brandenburg	384	393	402	409	411	416	422	434	441	445	462	462	61	15,9
Vorpommern	379	385	393	400	398	401	408	417	422	428	439	439	49	13,0
Sachsen	355	363	372	379	384	390	399	405	411	416	427	427	61	17,2
Sachsen-Anhalt	354	360	366	374	377	382	387	392	399	405	414	414	52	14,6
Thüringen	358	369	376	388	387	391	397	403	406	411	420	420	52	14,6

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 4 - Durchschnittliche laufende tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU) pro Bedarfsgemeinschaft (BG) für Alleinerziehende-BGs mit einem Kind unter 6 Jahren in Euro, August 2021

Gebiet	laufende tatsächliche	laufende anerkannte	Wert nach Frage 8
	KdU pro BG	KdU pro BG	
	1	2	3
Deutschland	535	520	10,92
Flensburg, Stadt	528	517	10,89
Kiel, Landeshauptstadt	516	506	10,78
Lübeck, Hansestadt	527	513	10,85
Neumünster, Stadt	483	472	10,43
Dithmarschen	457	444	10,14
Herzogtum Lauenburg	530	517	10,89
Nordfriesland	523	498	10,70
Ostholstein	508	497	10,69
Pinneberg	579	562	11,35
Plön	509	502	10,74
Rendsburg-Eckernförde	489	474	10,45
Schleswig-Flensburg	493	483	10,54
Segeberg	593	587	11,61
Steinburg	484	465	10,36
Stormarn	634	620	11,94
Hamburg, Freie und Hansestadt	652	639	12,14
Braunschweig, Stadt	595	590	11,64
Salzgitter, Stadt	495	481	10,52
Wolfsburg, Stadt	556	540	11,12
Gifhorn	481	465	10,36
Goslar	496	489	10,60
Helmstedt	450	435	10,05
Northeim	450	438	10,08
Peine	533	517	10,89
Wolfenbüttel	510	498	10,70
Göttingen	490	484	10,55
Region Hannover	553	541	11,14
Diepholz	522	506	10,78
Hameln-Pyrmont	498	493	10,65
Hildesheim	473	460	10,31
Holz Minden	431	417	9,88
Nienburg (Weser)	496	480	10,51
Schaumburg	483	474	10,45
Celle	478	466	10,37
Cuxhaven	474	469	10,40
Harburg	593	581	11,55
Lüchow-Dannenberg	400	386	9,56
Lüneburg	607	594	11,68
Osterholz	527	509	10,81
Rotenburg (Wümme)	555	513	10,85
Heidekreis	549	538	11,11
Stade	567	552	11,25
Uelzen	499	492	10,63
Verden	526	497	10,69
Delmenhorst, Stadt	540	524	10,96

Tabelle 4 - Durchschnittliche laufende tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU) pro Bedarfsgemeinschaft (BG) für Alleinerziehende-BGs mit einem Kind unter 6 Jahren in Euro, August 2021

Gebiet	laufende tatsächliche	laufende anerkannte	Wert nach Frage 8
	KdU pro BG	KdU pro BG	
	1	2	3
Emden, Stadt	501	492	10,63
Oldenburg (Oldenburg), Stadt	621	615	11,89
Osnabrück, Stadt	574	565	11,38
Wilhelmshaven, Stadt	517	506	10,78
Ammerland	569	563	11,36
Aurich	520	491	10,63
Cloppenburg	502	481	10,52
Emsland	500	453	10,24
Friesland	484	459	10,30
Grafschaft Bentheim	506	488	10,60
Leer	506	427	9,97
Oldenburg	538	484	10,55
Osnabrück	496	475	10,46
Vechta	569	554	11,26
Wesermarsch	476	467	10,38
Wittmund	499	484	10,55
Bremen, Stadt	570	562	11,35
Bremerhaven, Stadt	473	468	10,39
Düsseldorf, Stadt	583	570	11,43
Duisburg, Stadt	491	479	10,51
Essen, Stadt	520	516	10,88
Krefeld, Stadt	539	530	11,02
Mönchengladbach, Stadt	548	540	11,12
Mülheim an der Ruhr, Stadt	517	502	10,74
Oberhausen, Stadt	507	497	10,69
Remscheid, Stadt	489	481	10,52
Solingen, Klingenstadt	530	524	10,96
Wuppertal, Stadt	518	504	10,76
Kleve	500	490	10,62
Mettmann	586	575	11,48
Rhein-Kreis Neuss	563	546	11,19
Viersen	491	482	10,54
Wesel	502	490	10,62
Bonn, Stadt	601	588	11,61
Köln, Stadt	642	632	12,07
Leverkusen, Stadt	597	590	11,64
Städteregion Aachen	519	502	10,74
Düren	472	448	10,19
Rhein-Erft-Kreis	570	553	11,26
Euskirchen	506	488	10,60
Heinsberg	489	476	10,48
Oberbergischer Kreis	483	461	10,32
Rheinisch-Bergischer Kreis	582	573	11,46
Rhein-Sieg-Kreis	566	559	11,32
Bottrop, Stadt	511	506	10,78
Gelsenkirchen, Stadt	471	464	10,35

Tabelle 4 - Durchschnittliche laufende tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU) pro Bedarfsgemeinschaft (BG) für Alleinerziehende-BGs mit einem Kind unter 6 Jahren in Euro, August 2021

Gebiet	laufende tatsächliche	laufende anerkannte	Wert nach Frage 8
	KdU pro BG	KdU pro BG	
	1	2	3
Münster, Stadt	636	632	12,07
Borken	514	487	10,59
Coesfeld	533	522	10,94
Recklinghausen	521	517	10,89
Steinfurt	497	478	10,49
Warendorf	482	470	10,41
Bielefeld, Stadt	553	541	11,14
Gütersloh	508	499	10,71
Herford	504	495	10,67
Höxter	422	396	9,66
Lippe	501	482	10,54
Minden-Lübbecke	486	467	10,38
Paderborn	499	482	10,54
Bochum, Stadt	513	507	10,79
Dortmund, Stadt	553	550	11,23
Hagen, Stadt der FernUniversität	464	453	10,24
Hamm, Stadt	493	479	10,51
Herne, Stadt	511	505	10,77
Ennepe-Ruhr-Kreis	509	504	10,76
Hochsauerlandkreis	461	455	10,25
Märkischer Kreis	489	477	10,48
Olpe	488	469	10,40
Siegen-Wittgenstein	505	493	10,65
Soest	499	482	10,54
Unna	499	487	10,59
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	679	675	12,51
Frankfurt am Main, Stadt	658	642	12,17
Offenbach am Main, Stadt	612	600	11,74
Wiesbaden, Landeshauptstadt	643	633	12,08
Bergstraße	558	551	11,23
Darmstadt-Dieburg	608	590	11,64
Groß-Gerau	611	593	11,67
Hochtaunuskreis	627	617	11,91
Main-Kinzig-Kreis	560	555	11,28
Main-Taunus-Kreis	691	673	12,49
Odenwaldkreis	553	538	11,11
Offenbach	640	635	12,10
Rheingau-Taunus-Kreis	635	625	12,00
Wetteraukreis	540	511	10,83
Gießen	531	511	10,83
Lahn-Dill-Kreis	525	517	10,89
Limburg-Weilburg	500	484	10,55
Marburg-Biedenkopf	536	520	10,92
Vogelsbergkreis	554	529	11,01
Kassel, documenta-Stadt	520	501	10,73
Fulda	504	481	10,52

Tabelle 4 - Durchschnittliche laufende tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU) pro Bedarfsgemeinschaft (BG) für Alleinerziehende-BGs mit einem Kind unter 6 Jahren in Euro, August 2021

Gebiet	laufende tatsächliche	laufende anerkannte	Wert nach Frage 8
	KdU pro BG	KdU pro BG	
	1	2	3
Hersfeld-Rotenburg	461	438	10,08
Kassel	514	498	10,70
Schwalm-Eder-Kreis	467	452	10,22
Waldeck-Frankenberg	459	443	10,13
Werra-Meißner-Kreis	411	395	9,66
Koblenz, kreisfreie Stadt	465	450	10,21
Ahrweiler	469	445	10,16
Altenkirchen (Westerwald)	486	458	10,29
Bad Kreuznach	459	428	9,99
Birkenfeld	462	457	10,28
Cochem-Zell	451	409	9,79
Mayen-Koblenz	472	457	10,28
Neuwied	492	468	10,39
Rhein-Hunsrück-Kreis	480	477	10,48
Rhein-Lahn-Kreis	478	449	10,19
Westerwaldkreis	453	405	9,75
Trier, kreisfreie Stadt	575	571	11,44
Bernkastel-Wittlich	485	468	10,39
Eifelkreis Bitburg-Prüm	522	504	10,76
Vulkaneifel	492	470	10,41
Trier-Saarburg	529	515	10,87
Frankenthal (Pfalz), kreisfreie Stadt	540	527	10,99
Kaiserslautern, kreisfreie Stadt	496	481	10,52
Landau in der Pfalz, kreisfreie Stadt	588	563	11,36
Ludwigshafen am Rhein, kreisfreie Stadt	515	496	10,68
Mainz, kreisfreie Stadt	619	606	11,80
Stadt	503	496	10,68
Pirmasens, kreisfreie Stadt	418	396	9,66
Speyer, kreisfreie Stadt	546	531	11,03
Worms, kreisfreie Stadt	520	497	10,69
Zweibrücken, kreisfreie Stadt	463	453	10,24
Alzey-Worms	522	505	10,77
Bad Dürkheim	519	490	10,62
Donnersbergkreis	485	452	10,22
Germersheim	517	498	10,70
Kaiserslautern	507	463	10,34
Kusel	468	468	10,39
Südliche Weinstraße	566	532	11,04
Rhein-Pfalz-Kreis	517	488	10,60
Mainz-Bingen	531	523	10,95
Südwestpfalz	455	445	10,16
Stuttgart, Landeshauptstadt	660	653	12,28
Böblingen	658	633	12,08
Esslingen	628	605	11,79
Göppingen	581	554	11,26
Ludwigsburg	620	606	11,80

Tabelle 4 - Durchschnittliche laufende tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU) pro Bedarfsgemeinschaft (BG) für Alleinerziehende-BGs mit einem Kind unter 6 Jahren in Euro, August 2021

Gebiet	laufende tatsächliche	laufende anerkannte	Wert nach Frage 8
	KdU pro BG	KdU pro BG	
	1	2	3
Rems-Murr-Kreis	615	609	11,83
Heilbronn, Universitätsstadt	549	512	10,84
Heilbronn	578	555	11,28
Hohenlohekreis	517	482	10,54
Schwäbisch Hall	510	480	10,51
Main-Tauber-Kreis	518	505	10,77
Heidenheim	512	499	10,71
Ostalbkreis	511	497	10,69
Baden-Baden, Stadt	587	568	11,41
Karlsruhe, Stadt	595	586	11,60
Karlsruhe	582	563	11,36
Rastatt	543	527	10,99
Heidelberg, Stadt	565	555	11,28
Mannheim, Universitätsstadt	597	584	11,58
Neckar-Odenwald-Kreis	484	448	10,19
Rhein-Neckar-Kreis	546	524	10,96
Pforzheim, Stadt	564	539	11,11
Calw	506	482	10,54
Enzkreis	545	528	11,00
Freudenstadt	507	479	10,51
Freiburg im Breisgau, Stadt	607	558	11,31
Breisgau-Hochschwarzwald	604	582	11,55
Emmendingen	606	583	11,56
Ortenaukreis	546	524	10,96
Rottweil	497	471	10,42
Schwarzwald-Baar-Kreis	518	498	10,70
Tuttlingen	534	512	10,84
Konstanz	621	598	11,72
Lörrach	624	587	11,61
Waldshut	585	555	11,28
Reutlingen	582	557	11,30
Tübingen	602	583	11,56
Zollernalbkreis	499	472	10,43
Ulm, Universitätsstadt	558	553	11,26
Alb-Donau-Kreis	552	519	10,91
Biberach	529	508	10,80
Bodenseekreis	621	592	11,66
Ravensburg	552	547	11,20
Sigmaringen	494	475	10,46
Ingolstadt, Stadt	661	645	12,20
München, Landeshauptstadt	683	661	12,37
Rosenheim, Stadt	635	626	12,01
Altötting	483	469	10,40
Berchtesgadener Land	578	569	11,42
Bad Tölz-Wolfratshausen	680	648	12,23
Dachau	675	652	12,27

Tabelle 4 - Durchschnittliche laufende tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU) pro Bedarfsgemeinschaft (BG) für Alleinerziehende-BGs mit einem Kind unter 6 Jahren in Euro, August 2021

Gebiet	laufende tatsächliche	laufende anerkannte	Wert nach Frage 8
	KdU pro BG	KdU pro BG	
	1	2	3
Ebersberg	741	687	12,64
Eichstätt	629	599	11,73
Erding	693	678	12,54
Freising	614	611	11,85
Fürstenfeldbruck	756	738	13,16
Garmisch-Partenkirchen	594	580	11,53
Landsberg am Lech	582	569	11,42
Miesbach	658	647	12,22
Mühl Dorf a. Inn	559	544	11,17
München	746	739	13,17
Neuburg-Schrobenhausen	592	562	11,35
Pfaffenhofen a. d. Ilm	695	614	11,88
Rosenheim	649	619	11,93
Starnberg	730	700	12,77
Traunstein	581	537	11,09
Weilheim-Schongau	601	563	11,36
Landshut, Stadt	593	577	11,50
Passau, Stadt	522	516	10,88
Straubing, Stadt	504	488	10,60
Deggendorf	504	490	10,62
Freyung-Grafenau	431	421	9,91
Kelheim	540	512	10,84
Landshut	591	567	11,40
Passau	498	480	10,51
Regen	434	426	9,96
Rottal-Inn	501	489	10,60
Straubing-Bogen	502	485	10,57
Dingolfing-Landau	507	482	10,54
Amberg, Stadt	482	478	10,49
Regensburg, Stadt	615	586	11,60
Weiden i. d. OPf., Stadt	476	460	10,31
Amberg-Sulzbach	422	406	9,77
Cham	457	441	10,11
Neumarkt i. d. OPf.	549	519	10,91
Neustadt a. d. Waldnaab	420	405	9,75
Regensburg	578	562	11,35
Schwandorf	474	458	10,29
Tirschenreuth	360	353	9,24
Bamberg, Stadt	508	489	10,60
Bayreuth, Stadt	488	479	10,51
Coburg, Stadt	458	437	10,07
Hof, Stadt	447	436	10,07
Bamberg	538	506	10,78
Bayreuth	501	489	10,60
Coburg	483	476	10,48
Forchheim	509	490	10,62

Tabelle 4 - Durchschnittliche laufende tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU) pro Bedarfsgemeinschaft (BG) für Alleinerziehende-BGs mit einem Kind unter 6 Jahren in Euro, August 2021

Gebiet	laufende tatsächliche	laufende anerkannte	Wert nach Frage 8
	KdU pro BG	KdU pro BG	
	1	2	3
Hof	408	405	9,75
Kronach	396	392	9,62
Kulmbach	398	387	9,58
Lichtenfels	501	474	10,45
Wunsiedel i.Fichtelgebirge	423	414	9,84
Ansbach, Stadt	487	477	10,48
Erlangen, Stadt	554	551	11,23
Fürth, Stadt	528	492	10,63
Nürnberg, Stadt	578	550	11,23
Schwabach, Stadt	574	546	11,19
Ansbach	475	465	10,36
Erlangen-Höchstadt	535	518	10,90
Fürth	543	534	11,06
Nürnberger Land	563	546	11,19
Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	536	513	10,85
Roth	521	489	10,60
Weißenburg-Gunzenhausen	469	460	10,31
Aschaffenburg, Stadt	625	600	11,74
Schweinfurt, Stadt	478	470	10,41
Würzburg, Stadt	591	578	11,52
Aschaffenburg	557	543	11,15
Bad Kissingen	447	424	9,94
Rhön-Grabfeld	474	447	10,18
Haßberge	482	448	10,19
Kitzingen	490	450	10,21
Miltenberg	498	494	10,66
Main-Spessart	488	453	10,24
Schweinfurt	491	476	10,48
Würzburg	511	499	10,71
Augsburg, Stadt	611	594	11,68
Kaufbeuren, Stadt	498	489	10,60
Kempten (Allgäu), Stadt	584	564	11,37
Memmingen, Stadt	450	424	9,94
Aichach-Friedberg	585	550	11,23
Augsburg	591	572	11,45
Dillingen a.d.Donau	520	516	10,88
Günzburg	507	479	10,51
Neu-Ulm	583	551	11,23
Lindau (Bodensee)	595	579	11,52
Ostallgäu	554	535	11,08
Unterallgäu	562	528	11,00
Donau-Ries	483	463	10,34
Oberallgäu	592	566	11,39
Regionalverband Saarbrücken	536	527	10,99
Merzig-Wadern	471	463	10,34
Neunkirchen	480	467	10,38

Tabelle 4 - Durchschnittliche laufende tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU) pro Bedarfsgemeinschaft (BG) für Alleinerziehende-BGs mit einem Kind unter 6 Jahren in Euro, August 2021

Gebiet	laufende tatsächliche	laufende anerkannte	Wert nach Frage 8
	KdU pro BG	KdU pro BG	
	1	2	3
Saarlouis	498	473	10,44
Saarpfalz-Kreis	490	473	10,44
St. Wendel	482	467	10,38
Berlin, Stadt	585	558	11,31
Brandenburg an der Havel, Stadt	484	480	10,51
Cottbus, Stadt	454	447	10,18
Frankfurt (Oder), Stadt	443	433	10,03
Potsdam, Stadt	560	549	11,22
Barnim	466	453	10,24
Dahme-Spreewald	488	476	10,48
Elbe-Elster	459	451	10,22
Havelland	452	449	10,19
Märkisch-Oderland	437	427	9,97
Oberhavel	484	482	10,54
Oberspreewald-Lausitz	434	426	9,96
Oder-Spree	457	457	10,28
Ostprignitz-Ruppin	415	414	9,84
Potsdam-Mittelmark	489	486	10,57
Prignitz	412	403	9,73
Spree-Neiße	436	427	9,97
Teltow-Fläming	487	478	10,49
Uckermark	456	455	10,25
Rostock, Hanse- und Universitätsstadt	487	479	10,51
Schwerin, Landeshauptstadt	459	455	10,25
Mecklenburgische Seenplatte	426	418	9,88
Landkreis Rostock	457	442	10,13
Vorpommern-Rügen	440	439	10,10
Nordwestmecklenburg	450	436	10,07
Vorpommern-Greifswald	431	428	9,99
Ludwigslust-Parchim	415	409	9,79
Chemnitz, Stadt	413	404	9,74
Erzgebirgskreis	397	392	9,62
Mittelsachsen	410	402	9,72
Vogtlandkreis	378	366	9,37
Zwickau	437	431	10,02
Dresden, Stadt	500	490	10,62
Bautzen	434	425	9,96
Görlitz	385	379	9,50
Meißen	433	425	9,96
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	448	431	10,02
Leipzig, Stadt	449	434	10,05
Leipzig	450	440	10,10
Nordsachsen	406	400	9,70
Dessau-Roßlau, Stadt	451	446	10,16
Halle (Saale), Stadt	442	435	10,05
Magdeburg, Landeshauptstadt	439	424	9,94

Tabelle 4 - Durchschnittliche laufende tatsächliche und anerkannte Kosten der Unterkunft (KdU) pro Bedarfsgemeinschaft (BG) für Alleinerziehende-BGs mit einem Kind unter 6 Jahren in Euro, August 2021

Gebiet	laufende tatsächliche	laufende anerkannte	Wert nach Frage 8
	KdU pro BG	KdU pro BG	
	1	2	3
Altmarkkreis Salzwedel	373	364	9,35
Anhalt-Bitterfeld	410	404	9,74
Börde	523	391	9,61
Burgenlandkreis	407	397	9,67
Harz	422	411	9,81
Jerichower Land	420	402	9,72
Mansfeld-Südharz	455	449	10,19
Saalekreis	442	436	10,07
Salzlandkreis	387	378	9,48
Stendal	423	405	9,75
Wittenberg	405	395	9,66
Erfurt, Stadt	474	457	10,28
Gera, Stadt	400	395	9,66
Jena, Stadt	500	492	10,63
Suhl, Stadt	435	426	9,96
Weimar, Stadt	469	454	10,25
Eichsfeld	431	415	9,85
Nordhausen	420	410	9,80
Wartburgkreis	445	432	10,02
Unstrut-Hainich-Kreis	405	395	9,66
Kyffhäuserkreis	396	387	9,58
Schmalkalden-Meiningen	442	438	10,08
Gotha	426	412	9,82
Sömmerda	410	394	9,64
Hildburghausen	397	367	9,38
Ilm-Kreis	412	399	9,69
Weimarer Land	441	435	10,05
Sonneberg	418	396	9,66
Saalfeld-Rudolstadt	421	401	9,71
Saale-Holzland-Kreis	436	432	10,02
Saale-Orla-Kreis	409	398	9,69
Greiz	397	388	9,59
Altenburger Land	406	398	9,69

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des BMAS

Tabelle 5 - Durchschnittliche Bedarfe der Gesamtregelung pro Bedarfsgemeinschaft (BG) nach Anzahl und Alter der Kinder in der BG in Euro, August 2021

Gebiet	BG insgesamt	Alleinerziehende					Partner-BG					
		Single-BG	mit einem Kind im Alter von 4 Jahren		mit zwei Kindern, jeweils eins im Alter von 4 und 12 Jahren		Partner-BG ohne Kinder	mit einem Kind im Alter von 4 Jahren		mit zwei Kindern, jeweils eins im Alter von 4 und 12 Jahren		mit drei Kindern, jeweils eins im Alter von 4, 12 und 15 Jahren
			2	3	4	5		6	7	8	9	
Deutschland	1.221	814	1.366	1.512	1.790	1.217	1.717	2.136	2.671			
Schleswig-Holstein	1.220	824	1.354	1.417	X	1.222	1.703	2.171	2.614			
Hamburg	1.330	887	1.498	1.932	X	1.272	1.839	2.492	3.015			
Niedersachsen	1.223	809	1.350	1.366	1.843	1.213	1.709	2.107	2.799			
Bremen	1.267	842	1.411	1.414	X	1.235	1.713	2.208	X			
Nordrhein-Westfalen	1.263	816	1.384	1.577	1.984	1.250	1.718	2.113	2.623			
Hessen	1.316	842	1.427	1.678	1.852	1.264	1.744	2.278	2.608			
Rheinland-Pfalz	1.199	786	1.315	1.255	1.183	1.169	1.672	1.977	2.290			
Baden-Württemberg	1.259	833	1.404	1.638	2.042	1.242	1.779	2.240	2.680			
Bayern	1.225	838	1.382	1.458	1.984	1.217	1.757	2.066	2.603			
Saarland	1.212	810	1.348	1.407	X	1.189	1.683	2.270	X			
Berlin	1.296	868	1.406	1.776	1.573	1.284	1.772	2.186	3.276			
Brandenburg	1.043	760	1.312	1.229	1.379	1.116	1.633	1.891	X			
Mecklenburg-Vorpommern	1.018	754	1.276	1.190	X	1.106	1.592	1.913	X			
Sachsen	1.017	744	1.241	1.270	1.748	1.112	1.597	1.897	2.494			
Sachsen-Anhalt	1.015	744	1.225	1.411	X	1.073	1.559	2.070	1.958			
Thüringen	1.036	728	1.243	1.330	X	1.099	1.567	1.598	2.322			

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

X) Nachweis ist nicht sinnvoll. In den vorliegenden Fällen unterliegen die Grundgrößen der statistischen Geheimhaltung.

Tabelle 6 - Bedarfe der Gesamtregelleistung pro Bedarfsgemeinschaft (BG) nach Anzahl und Alter der Kinder in der BG in Euro, August 2021

Gebiet	Single-BG	Alleinerziehende				Partner-BG			
		mit einem Kind im Alter von 4 Jahren	mit zwei Kindern, jeweils eins im Alter von 4 und 12 Jahren	mit drei Kindern, jeweils eins im Alter von 4, 12 und 15 Jahren	mit einem Kind im Alter von 4 Jahren	Partner-BG ohne Kinder	mit einem Kind im Alter von 4 Jahren	mit zwei Kindern, jeweils eins im Alter von 4 und 12 Jahren	mit drei Kindern, jeweils eins im Alter von 4, 12 und 15 Jahren
	1	2	3	4	5	6	7	8	
Bedarfe	814	1.366	1.512	1.790	1.217	1.717	2.136	2.671	
Werte nach Frage 10 bis 17 in Wochenstunden									
bei 9,60 Euro Stundenlohn	24,0	29,0	16,7	8,1	39,2	21,9	25,0	30,6	
bei 12,00 Euro Stundenlohn	19,2	23,2	13,4	6,4	31,3	17,5	20,0	24,5	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des BMAS

Tabelle 7 - Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Erwerbslose nach monatlichem Nettoeinkommen in Tsd Personen

Stellung im Beruf	Bevölkerung insgesamt	mit Angaben zum Einkommen	davon mit einem monatlichen Nettoeinkommen von ... bis unter ... Euro											keine Angabe ¹⁾	ohne Einkommen
			unter 300	300 500	500 700	700 900	900 1.100	1.100 1.300	1.300 1.500	1.500 2.000	2.000 2.600	2.600 3.200	3.200 und mehr		
2005															
Erwerbstätige	36.566	34.586	1.510	2.984	2.548	2.527	3.534	3.852	3.546	6.326	3.930	1.652	2.177	1.866	114
darunter															
Selbstständige	4.080	3.451	176	183	208	209	336	250	252	465	462	252	659	611	18
Mithelf. Familienang.	421	300	55	87	42	31	29	13	14	7	/	/	5	74	46
Beamte	2.224	2.157	22	34	17	44	81	87	122	420	592	377	360	65	/
Angestellte ²⁾	19.071	18.300	525	1.473	1.417	1.375	1.867	2.117	1.942	3.441	2.121	909	1.114	739	31
Arbeiter ³⁾	10.770	10.378	733	1.207	864	869	1.222	1.382	1.217	1.986	748	112	38	377	15
Erwerbslose	4.583	3.816	533	1.033	962	551	337	185	97	89	22	/	/	183	584
2010															
Erwerbstätige	38.938	36.377	1.070	2.685	2.374	2.676	3.349	3.776	3.596	7.033	4.814	2.083	2.921	2.438	124
darunter															
Selbstständige	4.259	3.580	126	144	172	201	307	263	249	536	504	299	779	667	12
Mithelf. Familienang.	221	129	30	29	21	12	12	7	/	5	/	/	/	17	75
Beamte	2.084	1.996	8	27	14	21	63	67	78	308	537	421	451	87	/
Angestellte ²⁾	22.536	21.324	505	1.503	1.386	1.616	1.945	2.266	2.192	4.273	2.838	1.175	1.624	1.188	24
Arbeiter ³⁾	9.839	9.348	401	983	781	825	1.022	1.172	1.072	1.910	930	186	65	479	11
Erwerbslose	2.948	2.360	210	596	618	426	209	122	72	76	24	/	/	186	403
2015															
Erwerbstätige	40.279	39.262	745	2.094	1.930	2.514	3.027	3.607	3.618	8.163	6.319	2.986	4.259	938	79
darunter															
Selbstständige	4.161	3.794	108	134	137	174	269	244	258	559	559	369	981	361	5
Mithelf. Familienang.	160	91	14	20	17	8	7	7	/	6	/	/	/	13	56
Beamte/Beamtinnen	1.991	1.965	/	/	/	11	47	60	48	241	486	473	593	26	/
Angestellte	23.862	23.471	389	1.127	876	1.431	1.823	2.204	2.240	5.149	3.928	1.787	2.517	381	10
Arbeiter/-innen	8.623	8.487	183	488	373	532	762	1.049	1.047	2.195	1.340	354	164	133	/
Auszubildende	1.482	1.454	49	324	523	357	119	42	19	14	/	/	/	25	/
Erwerbslose	1.949	1.631	94	336	407	386	160	97	57	63	24	6	/	42	276
2019															
Erwerbstätige	42.379	41.539	609	1.717	1.508	2.210	2.586	3.160	3.344	8.652	7.953	3.986	5.815	778	62
darunter															
Selbstständige	3.957	3.662	92	107	100	137	219	191	210	501	561	390	1.153	290	/
Mithelf. Familienang.	119	68	9	12	11	9	6	/	/	8	/	/	/	8	42
Beamte/Beamtinnen	2.054	2.032	/	/	/	7	27	64	53	172	427	478	800	22	/
Angestellte	26.461	26.116	345	1.054	687	1.177	1.587	1.984	2.146	5.711	5.280	2.564	3.582	336	9
Arbeiter/-innen	8.261	8.160	126	375	257	403	525	838	901	2.234	1.673	550	278	98	/
Auszubildende	1.527	1.500	35	167	450	477	223	79	31	26	8	/	/	23	/
Erwerbslose	1.371	1.131	60	146	215	316	142	85	52	67	32	9	6	27	213

Quelle: Mikrozensus. Statistisches Bundesamt

/ = keine Angabe, da Zahlenwert unsicher.

Eingeschränkte Vergleichbarkeit:

Ab 2011 erfolgt die Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011.

Ab 2016 aktualisierte Auswahlgrundlage der Stichprobe auf Basis des Zensus 2011.

Ab 2017 Bevölkerung in Privathaushalten.

1) Einschl. Selbstständige Landwirte in der Haupttätigkeit.

2) Einschl. Auszubildende in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen.

3) Einschl. Auszubildende in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen.

Tabelle 8 - Erwerbstätige und Erwerbslose nach überwiegendem Lebensunterhalt und monatlichem Nettoeinkommen in Tsd Personen, 2019

überwiegender Lebensunterhalt ²⁾	Bevölkerung insgesamt	mit Angaben zum Einkommen										keine Angabe ¹⁾	ohne Ein-		
		300	500	700	900	1.100	1.300	1.500	2.000	2.600	3.200			und mehr	
Erwerbs-	38.453	37.717	264	1.017	1.073	1.697	2.164	2.834	3.081	8.260	7.750	3.897	5.679	706	30
einkommen															
Transfer-	1.371	1.131	60	146	215	316	142	85	52	67	32	9	6	27	213
einkommen															

Quelle: Mikrozensus. Statistisches Bundesamt

1) Einschl. der selbstständigen Landwirte in der Haupttätigkeit.

2) Eigene Erwerbstätigkeit, Leistungen nach SGB; Pension; Einkünfte von Angehörigen; Eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Altenteil; ifd. Hilfe zum Lebensunterhalt einschl. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und andere Hilfen in besonderen Lebenslagen; Elterngeld; sonstige Unterstützung (z.B.BAföG, Vorruhestandsgeld, Stipendium).

Tabelle 9 - Durchschnittliche tarifliche bzw. betriebsübliche Wochenarbeitszeit der Beschäftigten differenziert nach Voll- und Teilzeit, 2000 bis 2020

	Beschäftigte Arbeitnehmer		
	Voll- und Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit
	Std./Woche	Std./Woche	Std./Woche
2000	31,3	38,0	14,9
2001	31,2	38,0	14,9
2002	31,0	38,0	15,0
2003	30,8	38,0	14,9
2004	30,4	38,0	14,8
2005	30,4	38,0	15,3
2006	30,5	38,1	15,5
2007	30,5	38,1	15,6
2008	30,4	38,1	15,9
2009	30,1	37,9	15,9
2010	30,2	38,1	16,1
2011	30,0	38,1	16,1
2012	30,0	38,1	16,3
2013	30,0	38,2	16,4
2014	30,1	38,2	16,7
2015	30,1	38,2	16,9
2016	30,1	38,2	17,1
2017	30,2	38,2	17,4
2018	30,2	38,2	17,4
2019	30,2	38,2	17,6
2020	30,4	38,2	17,8

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung, Stand: November 2021

